

Kleine Anfrage

der Abg. Dr. Dietrich Birk und Nicole Razavi CDU

und

Antwort

des Innenministeriums

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Landkreis Göppingen

Kleine Anfrage

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welchen landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien sind heute die Dienststellen der Polizei im Landkreis Göppingen jeweils untergebracht?
2. Welche weitere Verwendung für diese Immobilien wurde der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?
3. Wann soll eine ggf. geplante Nutzungsaufgabe der Immobilien durch die Polizei jeweils erfolgen?
4. Wie viele Bedienstete der Polizei sind derzeit in den einzelnen Organisationseinheiten im Landkreis Göppingen jeweils beschäftigt (mit Angabe, inwieweit es sich hierbei jeweils um Angehörige der Schutzpolizei, der Kriminalpolizei oder von Bediensteten des Nichtvollzugsdienstes, in Voll- oder Teilzeit, handelt)?
5. Inwieweit müssen Bedienstete der Polizei im Landkreis Göppingen damit rechnen, dass ihre Stelle im Zuge der Umsetzung der Polizeireform gegen ihren Willen mit einer anderen Person besetzt wird?
6. Für welche der unter Frage 4 zu nennenden Bediensteten bzw. Gruppe von Bediensteten wird aufgrund der Umsetzung der Polizeireform ihr Arbeitsplatz künftig wegfallen (mit Angabe, wo diese Aufgabe künftig wahrgenommen wird)?
7. Welche Kosten für Personalmaßnahmen (z. B. Trennungsgelder, Umzugskosten etc.) wurden für derzeitige Bedienstete der Polizei im Landkreis Göppingen der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?

8. Welche Investitionen bei Dienststellen der Polizei im Landkreis Göppingen wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?
9. Welche sonstigen Ausgaben, die örtlich im Landkreis Göppingen wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?
10. Welche reformbedingten Minderbedarfe/Einnahmen, die örtlich im Landkreis Göppingen wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt (mit Angabe, zu welchem Zeitpunkt diese Einnahme wirksam wird)?

29.01.2013

Dr. Birk, Razavi CDU

Antwort

Mit Schreiben vom 19. Februar 2013 Nr. 3-112/47/59 beantwortet das Innenministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

1. *In welchen landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien sind heute die Dienststellen der Polizei im Landkreis Göppingen jeweils untergebracht?*
2. *Welche weitere Verwendung für diese Immobilien wurde der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?*

Zu 1. und 2.:

Gemeinde	Anschrift	L/A*	heutige Dienststelle	weitere Verwendung
Göppingen	Burgstr. 28	L	Polizeidirektion	Verkauf nach Freimachung
Göppingen	Pfarrstr. 31	L	Polizeidirektion	Verkauf nach Freimachung
Göppingen	Schillerstr. 13	L	Polizeidirektion	Regionalpräsidium Ulm
Göppingen	Schillerstr. 15	L	Polizeidirektion	Regionalpräsidium Ulm
Göppingen	Schillerstr. 17	L	Polizeidirektion	Regionalpräsidium Ulm
Göppingen	Schillerstr. 19	L	Polizeidirektion	Verkauf nach Freimachung
Göppingen	Boller Str. 36	A	Polizeiposten	wie bisher
Göppingen	Heiningerstr. 100	L	Bereitschaftspolizei	Polizeipräsidium Einsatz, PTLS Pol
Böhlenkirch	Hauptstr. 96	A	Polizeiposten	wie bisher

Gemeinde	Anschrift	L/A*	heutige Dienststelle	weitere Verwendung
Boll	Am Erlen- garten 1	A	Polizeiposten	wie bisher
Deggingen	Kaplaneigasse 8	A	Polizeiposten	wie bisher
Donzdorf	Schloß 1	A	Polizeiposten	wie bisher
Ebersbach / Fils	Bahnhofstr. 8	A	Polizeiposten	wie bisher
Eislingen / Fils	Ulmer Str. 34	L	Polizeirevier	wie bisher
Geislingen an der Steige	Eberhardstr. 12	L	Polizeirevier	wie bisher
Geislingen an der Steige	Straubstr. 7	L	Polizeirevier	wie bisher
Geislingen an der Steige – Altstadt	Stuttgarter Str. 155	A	Polizeiposten	wie bisher
Heiningen	Schubartstr. 20	A	Polizeiposten	wie bisher
Kuchen	Hauptstr. 118	A	Polizeiposten	wie bisher
Mühlhausen	Warmenweg 2	L	Autobahnpolizeirevier	wie bisher
Rechberghausen	Schlossmarkt 2	A	Polizeiposten	wie bisher
Süßen	Lange Str. 25	A	Polizeiposten	wie bisher
Uhingen	Im Brühl 5	L	Polizeirevier	wie bisher

*L: Landeseigen

A: Anmietung

3. Wann soll eine ggf. geplante Nutzungsaufgabe der Immobilien durch die Polizei jeweils erfolgen?

Zu 3.:

Eine Nutzungsaufgabe kann erfolgen, sobald die notwendigen Arbeitsplätze am künftigen Standort zur Verfügung stehen. Nach den Erhebungen, die im Zuge der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zur Polizeistrukturereform in einem ersten Schritt durchgeführt wurden, werden dazu teilweise Anpassungsarbeiten an Bestandsgebäuden, Neubaumaßnahmen oder Anmietungen erforderlich. Die notwendigen Maßnahmen müssen jetzt im weiteren Verfahren konzeptionell, planerisch und kostenmäßig konkretisiert werden. Die Umsetzung wird dann nach Dringlichkeitsgesichtspunkten und im Rahmen der jeweiligen haushaltsrechtlichen Ermächtigung erfolgen.

4. Wie viele Bedienstete der Polizei sind derzeit in den einzelnen Organisationseinheiten im Landkreis Göppingen jeweils beschäftigt (mit Angabe, inwieweit es sich hierbei jeweils um Angehörige der Schutzpolizei, der Kriminalpolizei oder von Bediensteten des Nichtvollzugsdienstes, in Voll- oder Teilzeit, handelt)?

Zu 4.:

Die Personalstärke der Polizeidirektion Göppingen – Stand Januar 2013 – stellt sich wie folgt dar:

	gesamt	davon Vollzeit	davon Teilzeit
Personalstärke gesamt	485	408	77
Schutzpolizei	353	313	40
Kriminalpolizei	62	60	2
Nichtvollzug	70	35	35

Die Personalstärke des Bereitschaftspolizeipräsidiums – Stand Januar 2013 – stellt sich wie folgt dar:

	gesamt	davon Vollzeit	davon Teilzeit
Personalstärke gesamt	225	212	13
Schutzpolizei	157	155	2
Kriminalpolizei	5	5	0
Nichtvollzug	63	52	11

Die Personalstärke der Bereitschaftspolizeidirektion Göppingen – Stand Januar 2013 – stellt sich wie folgt dar:

	gesamt	davon Vollzeit	davon Teilzeit
Personalstärke gesamt	978	898	80
Schutzpolizei	852*	834*	18
Kriminalpolizei	7	6	1
Nichtvollzug	119	58	61

* davon 197 Polizeikommissaranwärter und 298 Polizeimeisteranwärter

5. Inwieweit müssen Bedienstete der Polizei im Landkreis Göppingen damit rechnen, dass ihre Stelle im Zuge der Umsetzung der Polizeireform gegen ihren Willen mit einer anderen Person besetzt wird?

Zu 5.:

Durch die Auflösung der bestehenden Organisationen wird es die bisherigen Stellen und Funktionen in der neuen Struktur so nicht mehr geben. Erforderliche Personalumsetzungen orientieren sich zwar an den dienstlichen Erfordernissen, wobei im Rahmen personalwirtschaftlicher Maßnahmen weitgehend der Grundsatz „Personal folgt Aufgabe“ zum Tragen kommen wird, erfolgen aber möglichst sozialverträglich.

Es ist beabsichtigt, den eigentlichen Personalmaßnahmen ein Interessenbekundungsverfahren (IBV) vorzuschalten. Dieses ist ein strukturiertes Verfahren, in dem neben Verwendungswünschen und Negativabgrenzungen auch soziale und wirtschaftliche Belange der Beschäftigten erhoben werden, um sie im Rahmen der zu treffenden Versetzungsentscheidungen angemessen berücksichtigen zu können. Das IBV dient dazu, die Grundlagen dafür zu schaffen, möglichst persönliche Härten zu vermeiden. Den persönlichen Anliegen der betroffenen Beschäftigten soll möglichst entgegengekommen werden. Dienstliche und fachliche Belange zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs und zur Umsetzung der Reformziele müssen letztlich einzelfallbezogen mit den persönlichen Interessen der Beschäftigten abgewogen werden.

6. Für welche der unter Frage 4 zu nennenden Bediensteten bzw. Gruppe von Bediensteten wird aufgrund der Umsetzung der Polizeireform ihr Arbeitsplatz künftig wegfallen (mit Angabe, wo diese Aufgabe künftig wahrgenommen wird)?

Zu 6.:

Ein großer Teil der Angehörigen der Polizei ist nicht von einem Arbeitsplatzwechsel betroffen. So verbleiben beispielsweise die Beschäftigten der Polizeireviere, der Polizeiposten, der künftigen Kriminalkommissariate sowie jene Beschäftigte aus dem Leitungs- und Querschnittsbereich, die bereits derzeit am neuen Standort der künftigen regionalen Polizeipräsidien Dienst verrichten, am bisherigen Dienstort. Hinzu kommen die Beschäftigten der Verkehrspolizei, deren Präsenz am bisherigen Dienstort auch weiterhin erforderlich ist.

Zum jetzigen Zeitpunkt kann in Anbetracht des noch bevorstehenden Interessenbekundungsverfahrens (IBV) keine valide Aussage zu den im Ergebnis tatsächlich von einem Dienstortwechsel betroffenen Beschäftigten und deren künftigen Arbeitsplatz getroffen werden.

Um einen ersten Anhaltspunkt zur möglichen Anzahl der betroffenen Beschäftigten zu erhalten, konnte die vorläufige Erhebung nur unter Berücksichtigung des Grundsatzes „Personal folgt Aufgabe“ durchgeführt werden. Die genaue Größe und Zusammensetzung der tatsächlich betroffenen Beschäftigungsgruppe lässt sich jedoch aufgrund der noch ausstehenden Erkenntnisse aus dem IBV und deren Berücksichtigung im Zuge der sozialverträglichen Umsetzung nicht bestimmen. Das Personalkonzept des Polizeipräsidiums Ulm geht derzeit bei rund 50 Beschäftigten der ehemaligen Polizeidirektion Göppingen von einem Dienstortwechsel über den bisherigen Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion hinaus aus. Das Personalkonzept des Polizeipräsidiums Einsatz geht derzeit bei rund 160 Beschäftigten des ehemaligen Bereitschaftspolizeipräsidiums und der Bereitschaftspolizeidirektion Göppingen von einem Dienstortwechsel über den bisherigen Zuständigkeitsbereich des Bereitschaftspolizeipräsidiums bzw. der Bereitschaftspolizeidirektion hinaus aus. Die Abweichung zur Anzahl der in der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung berücksichtigten Beschäftigten (Ziffer 7) resultiert aus der Fortentwicklung des Personalkonzepts.

7. Welche Kosten für Personalmaßnahmen (z. B. Trennungsgelder, Umzugskosten etc.) wurden für derzeitige Bedienstete der Polizei im Landkreis Göppingen der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?

Zu 7.:

Für Personalmaßnahmen sind Kosten für Telearbeitsplätze, Trennungsgeld und Umzugskosten in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung eingeflossen. Landesweit wurde von 200 zusätzlichen Telearbeitsplätzen ausgegangen. Dafür entstehen Kosten von 1.200 Euro pro Jahr und Telearbeitsplatz. Diese Kosten wurden im Zeitraum von 2014 bis 2017 in die Kalkulation eingerechnet.

Die Kalkulation für Trennungsgeld und Umzugskosten basiert auf einer Erhebung auf Grundlage der Planungen mit Stand November 2012. Diese ergab, dass im Landkreis Göppingen voraussichtlich rund 240 Beschäftigte ihren bisherigen Dienstbereich verlassen werden (rund 80 Beschäftigte der ehemaligen Polizeidirektion Göppingen und rund 160 Beschäftigte des ehemaligen Bereitschaftspolizeipräsidiums und der Bereitschaftspolizeidirektion Göppingen). Für das künftige Polizeipräsidium Einsatz wurden landesweit rund 1.200 Beschäftigte in die Kostenkalkulation eingerechnet. Aufgrund der anzunehmenden Verteilung der Wohnsitze der Beschäftigten wurde für die Hälfte dieser Beschäftigten ein Pauschalbetrag von jeweils 5.000 Euro in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung eingerechnet. Die Höhe des Pauschalbetrags entspricht den Erfahrungswerten aus der Verwaltungsstrukturreform.

8. Welche Investitionen bei Dienststellen der Polizei im Landkreis Göppingen wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?

Zu 8.:

Nach den bisherigen Überlegungen, die im weiteren Verfahren konzeptionell, planerisch und kostenmäßig zu überarbeiten sind, wurden für den Landkreis Göppingen voraussichtlich bauliche Investitionen in Höhe von rund 17 Mio. Euro in die Kostenkalkulation eingestellt.

9. Welche sonstigen Ausgaben, die örtlich im Landkreis Göppingen wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?

Zu 9.:

Im Rahmen der Umsetzung der Polizeistrukturereform sind durch die Bündelung und Verlagerung von Aufgaben (IuK-)Arbeitsplatzumzüge erforderlich. Auf Basis der momentanen Planungen sind im Landkreis Göppingen rund 100 (IuK-)Arbeitsplätze (brutto) umzuziehen. Für das künftige Polizeipräsidium Einsatz wurden landesweit auf Basis der Erhebung im November 2012 insgesamt 755 (IuK-)Arbeitsplätze in die Kostenkalkulation eingerechnet. Zur Ermittlung der einmaligen voraussichtlichen Umzugskosten wurden 300 Euro pro Arbeitsplatz zugrunde gelegt, wie sie z. B. beim Umzug des Regierungspräsidiums Stuttgart entstanden sind.

Darüber hinaus erfordert die Umsetzung der Polizeistrukturereform, dass zahlreiche IT-Fachverfahren sowie weitere technische Geräte und Ausstattungsgegenstände den neuen organisatorischen Strukturen angepasst werden. Hierfür wurden insgesamt 1,5 Mio. Euro sowie für aktuell noch nicht absehbare Kostenfaktoren insgesamt 1,0 Mio. Euro in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung einberechnet. Diese Kosten können nicht landkreisscharf aufgeteilt werden.

10. Welche reformbedingten Minderbedarfe/Einnahmen, die örtlich im Landkreis Göppingen wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt (mit Angabe, zu welchem Zeitpunkt diese Einnahme wirksam wird)?

Zu 10.:

Bezogen auf den Landkreis Göppingen belaufen sich die Einnahmen aus Grundstücksverkäufen auf voraussichtlich rund 2 Mio. Euro. Der Zeitpunkt der Wirksamkeit der Minderbedarfe bzw. Einnahmen steht in Abhängigkeit von der tatsächlichen liegenschaftlichen Realisierung (siehe Ausführungen zu Ziffer 3).

Gall

Innenminister